

Partei.
lung
Partei.
lungen
um 3 Uhr,
um 5 Uhr,
um 7 1/2 Uhr,
um 7 Uhr,
um 7 Uhr,
um 7 Uhr,
um 7 Uhr,
um 7 Uhr,

Preis vierteljährlich:
 in Neuenburg M 2.25,
 durch die Post im Orts-
 und Oberamts-Verkehr
 M 2.25, im sonstigen
 Inland-Verkehr M 2.25
 und 30 J Postbefreiung.

**Bestellungen nehmen alle Ver-
 treter und in Neuenburg die
 Neuenburger übergeben.**

**Druckerei Nr. 24 bei der
 O.W.-Spedition Neuenburg.**

**Verantwortlicher:
 „Egkötter“, Neuenburg.**

Der Enztäler.

Anzeiger für das Enztal und Umgebung.
Amtsblatt für den Oberamtsbezirk Neuenburg.
 Erscheint täglich, mit Ausnahme der Sonn- und Festtage.

Anzeigenpreis:
 die einspalt. Zeile 15 J.
 bei Anstufungsberechnung
 durch d. Geschäftsstr. 30 J.
 Zeile m. Zeile 40 J.
 Bei längerer Aufnahme
 entsprechender Nachlass,
 der im Falle des Mahn-
 verfahrens hinfällig wird.

Schluss der Anzeigen-
 Annahme 8 Uhr vorm.
 Fernsprecher Nr. 4.
 Für irrtümliche Nichtigkeits-
 betriebe keine Verantwortung.

Nr. 7. Neuenburg, Freitag den 10. Januar 1919. 77. Jahrgang.

Deutschland.

Stuttgart, 9. Jan. Auf den Wahlvorschlag der
 württemb. Bürgerpartei, die Wahlvorschläge der bürgerlichen
 Parteien zu verbinden, hat der württemb. Bauernbund,
 der württemb. Bund der Weingärtner und Kleilandwirte
 und der Verein der Landwirte Oberschwabens zustimmend
 geantwortet. Die Wahlvorschläge dieser Parteien werden
 insoweit mit dem der württ. Bürgerpartei verbunden.
 Das Zentrum hat erklärt, daß es die Bewegung begrüßt,
 falls sämtliche bürgerl. Parteien zustimmen. Die Deutsche
 demokratische Partei hat die Usternverbindung abgelehnt.
 Die Zusammenfassung des gesamten Bürgertums ist ge-
 scheitert. Die Deutsche demokratische Partei dürfte sich von
 dem Gedanken haben lassen, daß ein Zusammenschluß
 der bürgerlichen Parteien sicher einen großen Teil links-
 stehender Wähler in die Arme der Sozialdemokratie treibt,
 weil die Sozialdemokratie dann darauf hätte hinweisen
 können, daß der Gedanke des Klassenstaats auch in der
 neuen Republik wieder aufrecht erhalten werden soll.

Berlin, 9. Jan. Die Zusammenkunft der bundes-
 rätlichen Finanzminister im Reichskanzleramt, die am 10.
 Januar stattfinden sollte, ist wegen der gegenwärtigen un-
 sicheren Lage auf unbestimmte Zeit verschoben worden.

Leipzig, 9. Jan. Der große K- und S-Rat nahm
 eine Entschließung an, die die K- und S-Räte Deutschlands
 ersucht, die schleunige Beilegung der Regierung Ebert-
 Scheidemann zu fordern.

Brüssel, 9. Jan. Hier kam es gestern zu böse-
 wärtlichen Kundgebungen. Nach Schluß einer Versamm-
 lung, in welcher der lächerliche Liebtuch eine seiner
 bekanntesten Reden vom Stapel gelassen hatte, unternahm
 die Menge einen Angriff auf das Rathaus, wobei sie eine
 große Menge Munition erbeutete.

Halle, 9. Jan. Nach einer Spartakuskundgebung
 forderte eine große Menschenmenge vor der Meißelfabrik
 die Herausgabe von Waffen. Wegen der mit Gewalt eindrin-
 gende Menge warf ein Feldwebel aus dem Gebäude eine
 Handgranate, wodurch drei Demonstranten getötet und vier
 verwundet wurden.

Hamburg, 8. Jan. Der K- und S-Rat von Ham-
 burg-Altona hat mit Mehrheit die Aufhebung des Zöl-
 lbaus (Eberverbot) der Arbeiterinnen beschlossen.

Wien, 8. Jan. Der von den Polen besetzte
 Bahnhof Deutschen ist gestern von deutschen Grenztruppen
 zurückerobert worden. Dagegen haben die Polen sich durch
 Treubruch in den Besitz der Stadt Wolfheim gesetzt.

Zur Lebensmittelversorgung Deutschlands.
Basel, 9. Jan. Die amerikanische Lebensmittelkom-
 mission hat, wie von unrichtiger Seite verlautet, nach
 den ihr von ihren in Deutschland weilenden Vertretern zu-
 gegangenen Bericht eingewilligt, die Versorgung der deut-
 schen Bevölkerung nach folgenden Gesichtspunkten und un-
 ter folgenden Bedingungen zu übernehmen:
 Mit den Lieferungen soll begonnen werden, wenn es
 die Notlage dringend erfordert, jedenfalls aber sobald nach
 Abschluß des Präliminarvertrags. Es sollen zu diesem
 Zweck in den an Deutschland grenzenden neutralen Län-
 dern große Lebensmittellager errichtet werden. In Deutsch-
 land selbst werden Stapellager eröffnet werden, die in ihrer
 Verteilung entlang der neutralen Zone liegen, damit die dort
 lagernden Vorräte im Falle irgendwelcher Gefährdung rasch
 zurückgezogen oder beschützt werden können.
 Die Versorgung erfolgt auf ein bis drei Monate. Sie
 geschieht nach Gemeinden und Bezirken, und zwar werden
 nur solche Bezirke versorgt, deren Leitung in gesicherter
 Weise gewährt oder kontrolliert ist und eine sichere Gewähr
 für Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung verbürgen.
 Die Lieferung wird sich in einer Höhe halten, die bei ent-
 sprechender Nationalisierung eine ausreichende Ernährung
 sichergestellt.

**Berliner Straßenkämpfe zwischen Mehrheits-
 sozialisten und Spartakusleuten.**
Berlin, 9. Jan. Es ist nunmehr beschlossen, den Be-
 lagerungsstaat über Berlin zu verhängen. Diese Maß-
 nahme ist nur der Vorläufer für weitere militärische Maß-
 nahmen der Regierung. Die Proklamation des Stand-
 rechts wird folgen. — Gestern nachmittag ist ein Jäger-
 batalion am Anhalter Bahnhof eingetroffen. Spartakus-
 leute versuchten den Bahnhof zu stürmen und die Ausladung
 der Jäger zu verhindern. Es kam zu einem längeren Ra-
 schenengewehr-Kampfe, wobei mehr als 20 Tote und über
 30 Verwundete am Plage blieben.

Berlin, 9. Jan. Die Volkmarinedivision hat sich
 gestern für neutral erklärt. Sie steht weder auf der Seite
 der Spartakusleute, noch empfindet sie Sympathien für die
 Regierung. Sie sei daher nicht gewillt, sich an dem nahe
 bevorstehenden Kampfe zwischen Spartakus und Regierung
 zu beteiligen, sondern werde, um Leute und Material zu
 schonen, den Ereignissen teilnahmslos gegenüberstehen. Am
 Nachmittag wurden von den Wotrosen fünf Geschütze am
 Rastke aufgelassen. Die Wotrosen haben, wie sie auf das
 Bestimmteste versichern, alle Beziehungen zu Liebknecht
 und den Unabhängigen abgebrochen, die der bisherige Führer
 der Wotrosen, Dornbach, angeknüpft hatte. Dornbach selbst
 ist seit gestern aus der Division ausgeschieden, er ist ge-
 schäftet und soll von den Wotrosen verhaftet werden, wenn
 er angetroffen wird. Die Haltung der Wotrosen ist von
 umso größerer Bedeutung, als sie seit einigen Tagen die

Ueberwachung der Reichsbank übernommen haben. Die
 Wotrosenwache soll entschlossen sein, die Bank gegen jeden
 Angriff zu schützen, um ihren Geschäftsgang sicher zu stellen.
Berlin, 9. Jan. Die Zahl der Regierungstruppen
 soll gestern auf 70 bis 80 000 angewachsen sein und
 diese Truppen, die über den Terror der Spartakusleute
 empor sind, sollen den Moment herbeiführen, in dem es
 lozgehen. Erst nach Zusammenziehung der gesamten Macht
 ist mit der Entsehung der vom Spartakus besetzten öffent-
 lichen Gebäude zu rechnen. Das Haupttelegraphen- und
 das Fernsprekamt sind unverändert in den Händen der
 Regierung. Die Berliner Garnisonen sind vollständig ge-
 schäftsbereit. Jeder Mann hat 50 Patronen erhalten. Nach
 neuerlichen Meldungen soll Hindenburg doch in Berlin sein.
 Man erwartet schon von seiner bloßen Anwesenheit einen
 Einfluß auf die regierungstreuen Truppen. Flieger kre-
 zieren die seit einiger Zeit von Spartakusleuten besetzten
 Gebäude, insbesondere den „Barwärts“. Der Deutschen
 Tageszeitung zufolge ist das Reichstagsgebäude, das sich
 seit Beginn des Aufstandes in den Händen der Regierun-
 gstruppen befindet, überall stark bewacht. Von den Balkonen
 herab leuchten die Maschinengewehre und aus jedem Fenster
 sieht man Gewehrklappe blitzen.

Berlin, 9. Jan. Nach dem gestrigen Sturm auf
 das Brandenburger Tor verließen die Spartakusleute diese
 wichtige Position wieder zu nehmen. Sie waren aber erheb-
 lich im Nachteil, da die Verteidiger aus der Bedung her-
 auskönnen. Die Spartakisten hatten bei dem Angriff, wie
 es heißt, 12 Tote und über 20 Verwundete.

Berlin, 9. Jan. Die Unabhängige Sozialdemokratische
 Partei hat dem Berliner Volkspräsidenten Eißhorn heute
 nacht nahegelegt, von seinem Amt freiwillig zurückzutreten,
 um weiteres Blutersehen zu vermeiden. Die Stellung-
 nahme Eißhorns hierzu ist bis zur Stunde nicht bekannt.

Unsere heimkehrenden Frontsoldaten trieren.
 Warum?
 Weil die
Heeresbestände an Bekleidungsstücken
 z. T. beraubt
 sind und
Ersatz der abgerissenen Felduniformen unmöglich
 ist.
 Darum ist
Ablieferung des Heeresgutes
moralische Pflicht!
 Nichtbefolgung ist mit schwerer Strafe bedroht.
Reichsverantwortungamt, Berlin W 8, Friedrichstr. 68.

Berlin, 9. Jan. Die Funktionäre von Kauen soll
 gestern nachmittag von Spartakusleuten besetzt worden sein.
 Die Reichsbruderei ist von Regierungstruppen wieder zu-
 rückeroberet worden. Auch am Lehrter Bahnhof kam es im
 Verlaufe dieser Nacht zu ernstlichen Kämpfen. Um eine An-
 zahl Kanonen wurde die ganze Nacht mit Handgranaten,
 mit Maschinengewehren und Geschützen erbittert gekämpft.
 Sie sollen heute früh noch im Besitze der Regierungstruppen ge-
 wesen sein. In der Nähe der Wilhelmstraße und Unter den
 Linden ist ein Flammenwerfer postiert worden, um bei einem
 etwaigen Angriff der Spartakusleute diese mit Flammen zu
 bewerten.

Ausland.
Wien, 8. Jan. Das Fremdenblatt schreibt, daß die
 Ententeemächte von der früher gegebenen Ansicht, Berlin zu
 besetzen, vollkommen abgelassen seien. In Paris herrsche
 die Ansicht, daß der Berliner Brand in sich selbst zusammen-
 fallen muß oder, wie ein französischer Diplomat sich aus-
 drückt, daß das Licht sich ausbrennen muß. Welche Wen-
 dung die Ereignisse in Berlin auch nehmen würden, so dürfte
 ein bewaffnetes Einschreiten der Ententeemächte nunmehr
 als ausgeschlossen gelten. (Die Entente fürchtet wohl die
 Anheftung ihrer Truppen durch die deutschen Bolsche-
 wisten. Schriftl.)

Köln, 9. Jan. Der Zentralsowjet bemängelte die
 Rekrutierung von 25000 Mann der russischen Garben, die
 zur Unterstützung der deutschen Revolution in den Nord-
 baaten bestimmt sind.

New-York, 8. Jan. Das Staatsdepartement hat zu
 verfehen gegeben, daß seiner Ansicht nach die wirtschaft-
 lichen Zwangsmaßnahmen gegen Deutschland gemindert
 werden müßten, wenn man von Deutschland Schadenersat-
 zung erlangen wolle. Nach Aufassung des Staatsdepar-
 tements würde die Blockade schon vor der Unterzeichnung
 des Friedensvertrags aufgehoben werden können.

Aus Stadt, Bezirk und Umgebung.
Neuenburg, 10. Jan. Der seine Wahlkarte verlor

ren hat, kann trotzdem wählen, da er in der Wählerliste
 eingetragen ist. Im Interesse einer glatten Abwicklung des
 Wahlaktes ist zu empfehlen, sich eine zweite Wahlkarte aus-
 stellen zu lassen.

Neuenburg, 8. Jan. (Sitzung der bürgerl. Kollegien).
 Herr Kommerzienrat Artur Schmidt hat die Sallerbahnhöf-
 eler erworben und der Stadtgemeinde geschenkt um für
 unsere in diesem furchtbaren Völkerringen gefallenen helden
 einen würdigen Denkmalplatz zu schaffen. Die Schenkung
 wurde mit herzlichen Dankworten aus der Mitte des Kolle-
 giums und seitens des Vorsitzenden angenommen und mit
 Erledigung der übrigen Formalitäten Stadtplatzer Steuere-
 treter Kollmer beauftragt.

Der für die Erwerbslosensfürsorge notwendige Fürsorge-
 ausschuss wurde errichtet. Derselbe besteht aus: Stadtschul-
 theißenamt Berwiler Knobel; Geh. Rainer, Badermeister;
 Emil Schmidt, Essigsabrikant; Chr. Blais, Goldschmid; Fre-
 drich Heiner, Sensenschmid.

Zur Ausführung als Rohhandarbeit wurde die Ver-
 längerung des Wasserleitungsstrangs in der alten Post-
 heimerstraße bis zu dem Wasserreservoir für Reute und
 mittl. Sensenfabrik beschlossen, um eine bessere Ausnutzung
 der mit natürlichem Druck arbeitenden Wasserleitung zu
 erreichen und dadurch die Pumpenlage zu entlasten.

Zur Vorbereitung für Gebaltsregelungen wurde ein
 Ausschuss, bestehend aus 3 Gemeindevorstands- und 3 Bürger-
 schauschmittgliedern, bestellt.

Mit Rücksicht auf einen Vorfall beim letzten Butter-
 verkauf wurde der Vorschlag beantragt, die Stellungnahme
 der bürgerl. Kollegien dem dabei beteiligten Mitglied des
 hies. Arbeiterrats zur Kenntnis zu bringen.

An diese Sitzung schloß sich noch diejenige des Ge-
 meindevorstands an.

Dem Antrag des Gewerbeschulrats entsprechend sind
 die wöchentlichen Unterrichtsstunden an der Gewerbeschule
 um 2 erhöht worden.

Hakenhaken sollen heute an die Einwohner nach Be-
 darf zum Anschlag aus dem Stadtwald abgegeben werden.

Einnahme- und Ausgabe-Anweisungen sowie kleinere
 Sachen bilden den Schluß der Beratung.

Neuenburg, 8. Jan. Es dürfte weitere Kreise in-
 teressieren, zu der von Herrn Kommerzienrat Artur Schmidt
 gemachten Schenkung eines ideal gezeichneten Denkmalplatzes
 an die Stadtgemeinde die Bestimmungen des Statutes kennen
 zu lernen. Derselben lauten:

„Um für unsere in diesem furchtbaren Völkerringen ge-
 fallenen helden einen würdigen Denkmalplatz zu schaffen, hat
 Herr Kommerzienrat Schmidt die Sallerbahnhöfel erworben
 und schenkt sie der Stadt als öffentliche und von
 jetzt ab unüberbaubare Anlage, auch soll der Kanal nicht
 überwölbt werden, da dadurch das landschaftliche Bild als
 Ehrenheim zerstört würde. Der Stifter wird den Platz her-
 richten und den Entwurf für das Denkmal, das dem Cha-
 rakter der Anlage entsprechend als halbrunde Ehrenhalle
 gedacht ist, anfertigen lassen, hiesigerseits weitere Zusam-
 menfassungen zu diesem Zwecke in Aussicht, wobei er auf die
 Unterstützung der Stadt, sowie der Einwohnerschaft zählt.“

M. Neuenburg, 10. Jan. In diesen Tagen vor der
 Wahl zur württ. Landesversammlung sind die politischen
 Parteien auch in Stadt und Bezirk sehr rührig. Am gestrigen
 Donnerstag abend fanden von Frauen und Männern sehr
 gut besuchte Versammlungen der Deutschen demokratischen
 Partei in Oberneulebach (Wier) und in Gräfen-
 hausen (Wären) statt. Im erghenannten Ort führte Haupt-
 lehrer Gwinner, in Gräfenhausen Gemeindepf. Emil Wagner
 den Vorh. Bei beiden Versammlungen erläuterte Ober-
 amtskolleger Müller das Programm der neuen Deutschen
 demokratischen Partei. Frau Klara Schneyer sprach in
 herzlich ansprechenden, eindrucksvollen Worten zu den zahlreich
 anwesenden Frauen und Jungfrauen, sie zur Ausübung
 ihres neu erhaltenen Wahlrechts im Sinne der Partei em-
 pfehlend. Als temperamentvolle Redner traten in beiden
 Versammlungen, Justizrat Seeger-Neuenburg für die
 Deutsche demokratische Partei und Barrer Luz-Gräfen-
 hausen für die württ. Bürgerpartei ein. In Gräfenhausen
 vertrat als zweiter Diskussionsredner Stadtm. Fritz Glauer
 in eingehenden Ausführungen den Standpunkt der Mehr-
 heitssozialisten, indem er die „Unabhängigen“ und die „Spar-
 takusleute“ in entscheidender Weise ablehnte. Durch die leb-
 hafte Ansprache gestaltete sich der Abend äußerst anregend
 und interessant.

Neuenburg, 10. Jan. (Eingefandt). In einer
 glänzenden Versammlung der Deutschen demokratischen Partei
 am 8. Jan. in Niederherten erklärte nach der Program-
 rede von Konrad Hausmann der evangelische Stadtpfarrer
 Hahn daselbst: Die evangelische Kirche wünsche selbst die
 Trennung von Staat und Kirche auf gerechter Grundlage.
 Seine Amtsbrüder bedauern einmüchtig, daß die Trennung
 nicht schon vor 10 Jahren durchgeführt worden sei, als es
 die Volkspartei gewünscht habe. Die Ausführungen Haus-
 manns über Staat und Kirche, Staatsschule und Religions-
 unterricht haben ihn vollkommen befriedigt. Er werde des-
 halb für die Deutsche demokratische Partei stimmen. Diese
 Ausführungen sind für die Haltung zahlreicher evangelischer
 Geistlicher sympathisch. Sie erhoffen von der Freiheit die
 Regelung der Volksschule und sind entschlossen, auf den Boden
 der Demokratie zu treten und ein freundschaftliches Verhältnis
 zu der Deutschen demokratischen Partei einzuleiten.

Letzte Nachrichten u. Telegramme.

Stuttgart, 10. Jan. Die provisorische Württ. Regierung, gezeichnet Bloch, läßt heute Vormittag als Flugblatt einen Aufruf an das württ. Volk verteilen, worin sie die gefürchten Vorgänge als einen Ueberfall der Spartakusleute auf die Regierung bezeichnet, der heute fortgesetzt und mit Waffengewalt und mit Blutvergießen zur Herrschaft des Terrors noch vor den Wahlen zur Landesversammlung gebracht werden soll. Deshalb kehrt sich die prov. Regierung gegenwärtig, namentlich mit aller Entschiedenheit einzuschreiten. Sie hat sich unter dem Schutze der Sicherheitskompanien gestellt und diese beauftragt, mit aller Entschiedenheit die Entlassung der Ruhe- und Friedensstörer durchzuführen. Ferner fordert sie alle Volksgenossen auf, die prov. Regierung bei dieser Arbeit in den nächsten Tagen mit allen Kräften zu unterstützen.

Stuttgart, 10. Jan. Kundgebungen der Unabhängigen, Spartakusleute und der roten Armee in Stuttgart haben gestern den ganzen Tag über fortgedauert; die Kundgeber setzten ihre Forderungen ohne viele Schwierigkeiten durch.

Stuttgart, 10. Jan. Während es vormittags in der Stadt ziemlich ruhig herrschte, kam es in den Nachmittags-, besonders aber in den Abendstunden im Reichsbild der Stadt zu lebhaften Kundgebungen. Die Leute standen in dichten Massen in der Königsstraße, vor dem Gebäude des auswärtigen Amtes, in der Kronprinzstraße, vor der früheren Ersten Kammer, wo jetzt das Arbeitsministerium untergebracht ist und auf dem Marktplatz vor dem Rathaus.

Der Verkehr im Hauptbahnhof wurde eingestellt, abends 6 Uhr wieder aufgenommen und um 8 Uhr wieder geschlossen, da man einen Putschversuch befürchtete. Das Rathaus wurde von Spartakusleuten besetzt, Oberbürgermeister Lautenschlager mit samt dem Gemeinderat für abgesetzt erklärt. Auch das Neue Tagblatt ist von bewaffneten Spartakusleuten besetzt worden. Der Verlag sollte für die Spartakusleute eine besondere Auflage von 100000 Exemplaren herstellen.

Kreuzer lebhaft war es am Abend vor der großen Infanteriekaserne, wo vielfach Schüsse ertönten, die von Revolvern und Handgranaten herrührten. Große Leuchtraketen beleuchteten ab und zu taghell die Umgebung. Man hatte den Eindruck, als ob halbwüchsige Burschen damit ihrer Freude am Schießen und Knackmachen Ausdruck geben wollten. Bis gegen Mitternacht bewegten sich aufgeregte Mengen in den Straßen, die einen schreien „Hoch Spartakus“, die andern „Hoch Scheidemann“.

Als der frühere Leiter des Kriegswesens, der Zuschneider Schreiner, sich in der Kotebühlkaserne nach der Stimmung der Soldaten erkundigen wollte, soll er schlecht angekommen sein. Die Arbeiter bei Daimler und Bosch haben die Arbeit niedergelegt.

Karlstraße, 10. Jan. Eine amtliche Mitteilung der vorläufigen Volksregierung beruft die verfassunggebende Nationalversammlung Baden auf Mittwoch, 15. Januar, vormittags 10 Uhr, nach Karlsruhe ein.

Mannheim, 9. Jan. Die französische Deereverwaltung hat die Anlieferungen der badischen Anilin- und Sodafabrik in Ludwigshafen a. Rh. beschlagnahmt. Der

Vertrieb wurde gekehrt durch einen französischen General einer Untersuchung unterzogen.

Mürnberg, 9. Jan. In einer sozialdemokratischen Wählerversammlung sprach der Minister für militärische Angelegenheiten, Kosschauer, sein Bedauern über die letzten Ereignisse in Berlin aus, weil sie dem Neuaufbau des Reichs nur hinderlich seien. Am Reichsgedanken müsse festgehalten werden, aber ein Bund vollkommen gleichberechtigter Staaten geschaffen werden. Wenn es nicht gelinge, in Berlin die Ruhe wieder herzustellen, dann müßten die süddeutschen Staaten zusammengehen und die Führung übernehmen, damit endlich geordnete Zustände herbeigeführt würden.

Berlin, 10. Jan. Wie die „Deutsche Allg. Ztg.“ berichtet, ist ein Angriff der Spartakisten auf den Zentralbahnhof von den Regierungstruppen abgeschlagen worden. Bei den Kämpfen gab es mehrere Tote und Verwundete. Die Spartakisten hatten versucht, den Lehrter Bahnhof zu besetzen. Dort entpand sich ein Kampf zwischen Spartakisten und Regierungstruppen. Ein einziehender Zug wurde von den Spartakisten arg zugerichtet. Er erhielt mehrere Treffer. Durch die Beschädigung einer Lokomotive eines Stadtbahnzugs konnte der Zug nicht vorwärts. Die Fahrgäste, die den Augen der Maschinengewehre der Spartakisten ausgesetzt waren, flüchteten in die Halle des Bahnhofs.

Berlin, 10. Jan. Wie in einer Spartakusversammlung vorgestern Abend den bewaffneten Parteigenossen bekanntgegeben wurde, sind Spartakusanhänger aus allen Teilen des Reichs nach Berlin unterwegs. Es wurde gleichfalls das Bedauern ausgedrückt, daß die Propaganda in den Berliner Kasernen ihr Ziel nicht erreicht habe.

Die Herren Ortsvorsteher

werden im Auftrag des Ministeriums des Innern angewiesen, trotz Fristablauf Anmeldungen zur Wählerliste für die Landtagswahl noch bis 11. Januar entgegenzunehmen und die Eintragung in die Wählerliste auf den Nachweis des Wahlrechts zu bewirken. Neuenbürg, den 9. Januar 1919. Oberamt.

Theodor Bopp v. Stuttgart
Vernruf 12050
Verbrüderter Bopp
Druckanstalt „Leb“

Großvertrieb von Industrie-Erzeugnissen und Rohstoffen des Kleinbeleuchtungs-, Papier- und Schreibmaschinensaches.

Leistungsfähigste Bezugsquelle für Taschenlampen-Röhren, Batterien, Birnen, Feuerzeuge, Karbidlampen, Durchschreib-, Durchschlagpapiere, Schreibmaschinen, Karbbänder, Kohlepapiere in anerkannt unübertrefflichen Qualitäten.

Oberamtsstadt Neuenbürg,
Gegen
Neujahrsmärkte 19
kann bis 18. Jan. abgeholt

werden 100 g bzw. 125 g Käse bei Pfannkuch u. Co., Käufm. Gaißer und Wiltz, Haus Wtw. Stadt, Lebensmittelstelle Knodel.

Bauern u. Bauernfrauen!

Wählet zahlreich! Gebt nur Stimmzettel ab, welche die Namen erprobter Landwirte und aufrichtiger Freunde des Bauernstandes enthalten. Solche Namen enthalten die **Wahlvorschläge des Württemberg. Bauern- und Weingärtnerbundes.**

An die Besitzer von Sparkassen-Guthaben.

In Versammlungen und Flugblättern verlangt die **Unabhängige Sozialdemokratie**, daß die **Kriegsanleihen** für wertlos erklärt werden sollen. Nun ist es Tatsache, daß während des Krieges alle **Sparkassen, Lebensversicherungs-Gesellschaften** usw. für die gemachten Einlagen und Prämienzahlungen nach **Milliarden** dafür

Deutsche Kriegsanleihen erworben haben. Jedes Kind weiß, daß, wenn die **Kriegsanleihen** für wertlos gelten sollen, dann auch alle **Sparkassen Deutschlands** zahlungsunfähig werden. Alle **Sparkassen-Einlagen** würden dann selbstverständlich ebenfalls verloren sein. Gewiß sollen reiche Leute und diejenigen, welche während des Krieges **große Vermögen verdienten**, in **schärfster Weise herangezogen** werden, man darf aber nicht kurzerhand alles Eigentum vernichten. Dies ist das Programm der **Deutschen demokratischen Partei**;

gebe daher jeder bei den Wahlen **am 12. Januar für die württemb. Landesversammlung, am 19. Januar für die Deutsche Nationalversammlung** den **Stimmzettel** ab mit der Aufschrift: **„Deutsche demokratische Partei“.**

Oberamtsstadt Neuenbürg.

Butter-Verkauf

am Samstag den 11. Januar vorm. 8^{1/2} Uhr für Nr. 481 bis 600, 9 Uhr für Nr. 601—730, 9^{1/2} Uhr für Nr. 1 bis etwa Nr. 120.

Stadt, Lebensmittelstelle
F. A. Kienzle.
Herrnalt.

Pferdeknecht.

Zu baldigem Eintritt wird ein im Langholzfahren tüchtiger und solider Pferdeknecht bei gutem Lohn und Verpflegung gesucht.

R. Seuser, Edgewart.
Virkensfeld.

Einen noch gut erhaltenen **Kug- oder Einspanner-Wagen** hat zu verkaufen

Friedr. Müller b. Rathaus.
Thannmühle b. Calmbach.
Habe einige Zentner schöne

Äpfel

zu verkaufen.
Joh. Georg Red.

5000 Mk.

sind auf 1. April d. Js. oder auch früher mündelsicher gegen 4^{1/2}% auszuleihen. Angebote unter Nr. 150 an die Geschäftsstelle d. Enztälers.

Deuts
Deffen

Schwann,
Conweiler
Redn

! B

Die G
Wir we

Dur

Dur

Dur

Dur

Wir m

Sie

Sie

36

Wer e

von

gr

mi
Wi
Bringe
Umgebung m
in empfehlen
daß Neys n
sonstigen Del
Geheh



Deutsche Demokratische Partei.

Öffentliche Wählerversammlungen für Männer und Frauen

in
Schwann, am Samstag, 11. Januar, im „Waldhorn“, um 5 1/2 Uhr,
Sonweiler, am Samstag, 11. Januar, im „Sonnensaal“ um 8 Uhr.

Redner: Oberamtspfleger Kübler und
Frau Klara Schnepf, Neuenbürg.

! Bürger und Bürgerinnen ! Württembergs

Die Entscheidung ist nahe! Wie wollt Ihr wählen?

Wir werfen der Sozialdemokratie vor:

Durch die Tatenlosigkeit der sozialdemokratischen Machthaber, die den Bolschewismus ohne wirksame Gegenmaßnahmen sein Zerstörungswerk am deutschen Vaterlande fortsetzen läßt, drohen uns furchtbare Gefahren: Bruderkrieg, Zerstörung von Heim und Herd, Vernichtung aller Kulturwerte.

Elend und Hungersnot, denn ohne Ordnung gibt es keinen Frieden.

Durch ihr Programm der Sozialisierung verhindert die Sozialdemokratie die Wiedererstarung unserer Industrie und Landwirtschaft und den so notwendigen

Wirtschaftlichen Wiederaufbau.

Durch ihr Programm der religionslosen Schule nimmt sie unsern Kindern die edelsten Grundlagen der Erziehung.

Durch ihr Programm der Einheitschule, wie es Herr Heymann vertrat, wird das Bestimmungsrecht der Eltern

für die Berufswahl ihrer Kinder ausgeschaltet und allein der Schule übertragen.

Durch ihr Programm der völligen Trennung von Staat und Kirche nimmt sie der Kirche die Lebensfähigkeit, unserem Volksleben seinen wertvollsten Kern, die Durchdringung mit einem

lebendigen Christentum.

Wir werfen der Demokratie vor:

Sie fählt und denkt in ihren zahlreichen volksfremden Führern nicht deutsch.

Sie denkt, ihrem ganzen politischen Verhalten nach, nicht bürgerlich,

denn sie hat den Zusammenschluß des Bürgertums von neuem durch Ablehnung der Listenverbindung verhindert, weil sie sich scheut, Stellung zu nehmen gegen die Sozialdemokratie.

Ihr Programm bietet keine Gewähr, daß sie eintreten will für christliche Erziehung

in der Schule, denn es vertritt nur die Beibehaltung des Religionsunterrichts, nicht aber des konfessionellen Religionsunterrichts.

Wer eintreten will für Recht und Ordnung, für deutsche und christliche Art, vor allem wer gegenüber der roten Flut, deren Segen die letzten Wochen gezeigt haben und gegen die die Demokratie kein Bollwerk sein kann und will, bürgerlich wählen

will, für den gibt es nur eines, das ist der Stimmzettel der

Württembergischen Bürgerpartei.

Neuenbürg.

Bringe der verehr. Einwohnerschaft von Neuenbürg und Umgebung meine

Oelmühle

in empfehlende Erinnerung. Gleichzeitig zur Kenntnisnahme, daß **Reps** nur Mittwochs, an allen übrigen Wochentagen die sonstigen Deltsaaten, sowie auch Bucheckern ausgeschlagen werden. Beselzliche Schlagscheine sind mitzubringen.

Eruft Mann.

Enzklösterle - Enztal.

Berehr. Einwohnerschaft zur Kenntnis, daß ich

Samslags und Sonntags

Rastern und Haarschneiden übernommen habe.

Um geneigten Zuspruch bittet
A. Kauscher

im Hause des Mitschultheißen
Reppler, Schneidentale.

Herrenalb.

Die Kriegsteilnehmer versammeln sich am Samstag abend 7 1/2 Uhr im „Waldhorn“. Letzter Appell an die Wähler. Kameraden erscheint alle. Es geht um die Zukunft!
Der Arbeitsauschuß.

Herrenalb.

Bahnhof-Restaurant.

Sonntag, den 12. Januar 1919,
nachmittags und abends,

Streich-Konzert

des Musikvereins Ettlingen.

— Anfang 8 Uhr. —

Telefon Nr. 2403

Bindewald & Heimerle,
Zahntechniker,

Pforzheim, Schlossberg 19, 2 Minuten vom Bahnhof.

Sprechstunden täglich von 9 bis 5 Uhr.

Herrenalb.

Wir suchen zu baldigem Eintritt ein tüchtiges

Zimmermädchen.

Angebote mit Zeugnissen an
Gebrüder Mönch,
Hotel Post.

Obernhausen.

Mädchen-Gesuch.

Fleißiges, ehrliches Mädchen für Haus und Landwirtschaft von 16—20 Jahren für sofort oder bis 1. Febr. gesucht.

Wilh. Dittus zur „Sonne“.

Ziehharmonika,

gebrauchte, sind noch einige zu verkaufen. Reparaturbedürftige werden eingetauscht. Tausche auch andere Musikinstrumente.

Ziehharmonikamacher

F. C. Hohnlofer,
Pforzheim, Bergstraße 27.

Aus dem oberen Enztal, 9. Januar 1919.

Eingelant.

Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit predigen gegenwärtig die Sozialdemokraten landauf, landab. Daß aber Theorie und Praxis zweierlei Dinge sind, das erfieht man am besten aus ihrem Verhalten bei den Wählerversammlungen. In den gegnerischen Versammlungen führen sie das große Wort und verlangen die gleiche Redezeit für ihre Redner wie sie der Referent hat. Macht aber einmal jemand den Versuch, in ihren Versammlungen zu reden, so wird mit Dinauswerfen oder anderen jarten Mitteln gedroht. Ein drastisches Beispiel dieser Freiheit und Brüderlichkeit lieferte die rein kirchliche Versammlung in Calmbach, in welcher Herr Dekan Uhl über die Kirche sprach. Nach Schluß der vorzüglichen und gemeinverständlichen Ausführungen meldeten sich gleich zwei sozial. Redner — sie wissen ja alles besser! — Aber merkwürdig, die Frauen wollten nichts mehr wissen. Als der erste Redner, der unvermeidliche Herr Sieb, anheben wollte, erhob sich ein Sturm des Protestes. „Hinaus, Dinaus! Wir wollen ihn nicht hören!“ „Wir wissen schon, was er sagt!“ Alles drängte den Türen zu. Nur den vereinten Bemühungen der beiden Geistlichen gelang es, dem Redner einigermaßen Gehör zu verschaffen. Im Hintergrunde aber hieß es, da sollte man Handgranaten hinwerfen oder Maschinengewehre aufpflanzen. Also, Ihr Frauen, wenn Ihr die sozialistischen Phrasen gerne hört, seid Ihr lieb Kind; sobald ihr aber eine andere Meinung habt, sollt Ihr mit Handgranaten und Maschinengewehren bekannt werden. „Und willst du nicht mein Bruder sein, so schlag ich dir den Schädel ein.“

In Neuenbürg zu haben in der Meel'schen Buchdr.

Ziehung am 22. Januar.
Letzte große
Schwenninger
Geld-Lotterie
Der Geldgewinn zusammen Mark
40000
Haupttreffer Mark.
15000
5000
Ziehung am 22. Jan. 1919.
Los 1 Mark
Sehr günstige Gewinnchancen
Mein Glückstasche mit
13 Losen für nur 12 Mark.
Porto u. Liste 25 Pf. extra. Zu haben
in allen durch Plakate kenntlich. Ver-
kaufsstellen u. den Spezialvertrieb
Eberhard Fetzer
Stuttgart, Friedrichstr. 56.
Postcheckkonto 613.

Neuenbürg.
Nähmaschinen-Reparaturen
besorgt schnell und billig
W. Fuchslocher, Mechaniker,
im Hause b. Bäcker Müller.

Deutsche Demokratische Partei

Geschäftsstelle: Stuttgart, Kleine Königstraße 7.

Mitbürger!
Mitbürgerinnen!

Was not tut fordert das Programm der
Deutschen Demokratischen Partei.

Im Reich:

Nationalversammlung, Reichseinheit und bundesstaatliche Selbstverwaltung.

Will Deutsch-Oesterreich zu Deutschland, so ist es willkommen. Abrüstung ist notwendig, ein Völkerbund erstrebenswert, aber nur auf gerechter Grundlage. Volkswehr statt Militarismus. — Gerechte Besteuerung, am schärfsten beim Kriegsgewinne und dem großen Besitz. — Unternehmergewinn und Kapitalansammlung sind ohne falsche Rücksicht dauernd zu erfassen und zu beschränken. Haushälterische Staatswirtschaft. Die Politik muß endlich einheitlich, würdig und volkstümlich werden.

In Württemberg:

Selbstregierung, Volksvertretung, Abschaffung der Ersten Kammer, Mehrheitswille, keine Minderheitswirtschaft oder Diktatur.

Die Kirche soll frei im Freistaat sein und die Rechte einer Körperschaft haben. Man muß „die Kirche im Dorf lassen“. Die weltlichen Dinge bestimmt endgiltig das Staatsrecht. Die Religion soll im Lehrplan der Schule bleiben, ohne Zwang auf Eltern und Lehrer, möglichst erteilt von den Geistlichen. Keine Adelsrechte, keine Patronatsrechte, keine Fideikomnisse.

In Württembergs gesetzgebende Versammlung sollen nur Württemberger wählen. Das Recht jedes Bezirks oder Landestells, Vertreter ins Parlament zu entsenden, ist verfassungsmäßig zu verbürgen.

Die Staatsbehörden sollen vereinfacht, die Kreisregierungen und Landeskollegien abgeschafft, Gemeinde- u. Bezirksverfassung verbessert werden. Die Bezirksräte sind direkt zu wählen.

Volksbildung und Fachbildung muß vermehrt, die einheitliche Schule für die unteren Klassen eingeführt, der Unterrichtsplan verbessert werden. Wissenschaft und Kunst hat der Staat zu schützen und zu pflegen.

Wirtschaftliche und soziale Forderungen:

Die Volkswirtschaft ist gemeinnützig und sozial entschlossen zu entwickeln; das Privateigentum ist ausrecht zu erhalten und nur da zu beschränken, wo es schadet.

Bewegungsfreiheit für Gewerbe und Handel. Bahnfrei für den Aufstieg der Tüchtigen. Raum für Tatkraft, Fleiß und Erfindungsgeist. Im Staatsbetrieb, auch wo er monopolistisch oder gemischt wirtschaftlich auszubilden ist, keine bürokratische Unwirtschaftlichkeit.

Großzügige Nutzbarmachung der Bodenschätze,
Wasserkräfte und elektrischen Kraft.

Entschlossene Sozialpolitik im Interesse der Angestellten, der Arbeiter, der Gesellschaft.

Die Landwirtschaft

fordert eine Landwirtschaftskammer, sie braucht auskömmliche Preise ihrer Erzeugnisse und darum Hebung aller ihrer Zweige, Ausgestaltung der Betriebsführung des landwirtschaftlichen Unterrichtswesens, der Vieh- und Kleintierzucht, des Seuchenschutzes und der Viehver-sicherung. Der Landflucht und Leutenot muß entgegengearbeitet werden. Die Soldaten sind in die Landwirtschaft zurückzuführen.

Genossenschaftlicher Zusammenschluß stärkt den Kredit. Beseitigung des Uebermaßes lähmender Zwangsvorschriften. Aufstellung der großen Fideikommissgüter. Rein Bauernlegen. Gater Waldboden ist der Landwirtschaft, schlechtes Feld der Waldwirtschaft zuzuführen. Das lebende und tote Inventar des Heeres muß bei der Demobilisierung wirtschaftlich verwertet und der Landwirtschaft wie dem Gewerbe zugeführt werden.

Tretet ein in unsere Partei, die Angehörige aller Berufe und aller religiösen Bekenntnisse vereinigt, und die darum stark, groß und mitbestimmend ist. Wählet am 12. Januar 1919, der ein glückbringender Tag werden soll, die Kandidaten der Deutschen Demokratischen Partei, die von dem Vertrauen der Bürger, Arbeiter, Bauern und Beamten berufen und getragen sind.

Stuttgart, den 25. Dezember 1918.

Deutsche Demokratische Partei.

Schließt Euch Alle an!!

Druck und Verlag der S. Reich'schen Buchdruckerei des Erzdiakons — Für die Schriftleitung verantwortlich D. Strauß in Remscheid.

Die Arbeiter brauchen ein Arbeiterrecht.

Verkürzung der Arbeitszeit zur Schonung ihrer Arbeitskraft und zur Pflege ihrer Geisteskräfte unter Anpassung an die Uebergangszeit. Anerkennung der Gewerkschaften und Gewerksvereine, Koalitionsfreiheit, Tarifverträge und Einigungsamt, nationaler und internationaler Arbeiterschutz. Das Arbeiterbildungswesen muß staatlich und durch freie Volkshochschulen entwickelt werden. Der Arbeiterhaushalt braucht eine rasche Herabsetzung der hohen Preise. Ein Preismäßigengesetz mit Schutz gegen Pfändung muß den Arbeiter zum Eigentümer machen helfen.

Der Mittelstand

hat so schwer wie kein anderer Stand gelitten. Das Handwerk ist lebensfähig und muß lebensfähig erhalten werden. Rechtsschutz für das Handwerk; Schutz auch gegen die Sperre von Kartellen und Syndikaten; größere Arbeiten müssen dem Handwerk auch vom Staat übertragen werden. Eine Berdingungsordnung muß geschaffen, das Gewerbeschulwesen durch Werkstättenunterricht und Fachkurse gestärkt werden. Die bisherige Vertretung des Handwerks in den Staatsämtern ist unzureichend. Handwerker-urterricht ist nötig.

Die Staats- und Gemeindebeamten

fordern Schutz gegen unbefugte Eingriffe in ihre Amtsführung, wie sie auch selbst keine Beamtenwillkür üben dürfen. Das Beamtenrecht ist neu zu regeln. Koalitionsrecht der Beamten und Lehrer. Befestigung der Stellen nicht nach Günst, sondern nur nach Leistung. Gewählte Vertreter müssen in Angestelltenfragen mitsprechen und mitentscheiden dürfen. Freiheit der politischen Ueberzeugung. Gesicherte Rechtsstellung auch der Gemeindebeamten. Schaffung eines Staatsarbeitergesetzes.

Die Privatangestellten

brauchen zum Schutz ihrer berechtigten Interessen das Koalitionsrecht und die Freiheit der politischen Betätigung. Schlichtungsausschüsse und selbständige Angestelltenausschüsse sind nötig. Das geistige Eigentum an Erfindungen der Techniker ist zu achten. Kollektive Verträge müssen die Gehaltsverhältnisse heben und festigen.

Das Wahlrecht beruht die Frauen

zur Mitwirkung in den öffentlichen Angelegenheiten. Dieses Recht muß in Staat und Gemeinde, in der Schul- und Armenverwaltung einsichtig durchgeführt werden. Die Frau muß gleichgestellt werden im Recht, Unterricht, in der Berufsmöglichkeit und bei gleicher Leistung auch in den Bezügen. Das eheliche Güterrecht der Errungenschaftsgemeinschaft soll der Frau von Gesetzeswegen die Errungenschaftshälfte sichern. Schutz der Arbeiterinnen. Allgemeiner Mutterchutz.

Die Hebung der Volksgesundheit auch durch den Schutz der Jugendlichen und Säuglingsfürsorge.

Männer und Frauen!

Jeder Staatsbürger und jede Staatsbürgerin will Freiheit, Frieden und Arbeit.

Darum braucht Ordnung, Geseßlichkeit und Wohlstand. Nach dem Krieg droht der wirtschaftliche Zusammenbruch, wenn nicht Volk und Volksvertretung den Staat schützen, stützen und aufbauen. Legt mit Hand an! Laßt euch nicht irren durch die Feuerreden, noch durch die, denen alles Rot ein Greuel ist. Schreitet mutig vorwärts auf dem schwarz-rot-goldenen Mittelweg!

Preis vier
in Neuenbü
Durch die Post
und Oberam
N 226, im
inländ. Verke
und 30 J Post

Bestellungen neh
stellen und in Ne
Wandweg 10
Direktion Dr
D.M. - Gausche
Telefon
- Kapitäler

Stuttg
rende Tages
dem Vorh
die Betrü
die Vertreter
geladen war
hende das v
mit den Nö
wesend, P
beitskamp
Siedte des
Kaufstraße
Stuttgart den
gierung gleich
der Regierung
die N. und
Häuser an
N., S. und
W. A. R. d. n.
Ausführungen
wegen Unre
kamit in der
und wurde du
Erklärungsm
treibe- und
Ende April ob
wurden hier d
erlichen Verbö
Ministerium
fordert und
ständig abber
And die Ausf
Friedensvertr
Bleichfärbung
gang beim R
Schwingebe
sorgeter ausre
über ande
allem könne
angemittelte
sicher gestellt
terten. In d
Kaufsmittel
das absolute
können glaube
Staaten in Ber
Dann gab
an Ausführung
schonliche Dem
gegenwärtigen
deutlich schwieri
sügte, daß eine
ger Zulassung
Sachverständigen
des Arbeitswei
der Landwirtschaft
Bertram wird beh
mit den Landw
Lande stammen
können.

Karl
vordrängen Volk
Sozialdemokratie
kten Austritt a
Wänder
Zur Löner
Reichsregierung
Mit woch
berischen Wandert
wenn nicht gam
Beispiel Berlins
Kriegsgeheim
des Volkes get
Sozialismus zu
Hoden der Rev
zum Sieg durch
lich. Im Süde
zugleich dunkle
Berlin, 10
Berlin haben in
Der Schließliche
Kocher in Geme
truppen zurück
sack alle mit Bau
Straße unter d
truppen. Es w
minimale um ab
zu beschleun.

Berlin, 10.
und Munitionsa
gellen, haben ein
jezt, nachdem ion
Parteien zurück
Kampfes müde, u
so würden die K
nehmen und nicht
Eiberfeld,
hier abgeholt

Berlin, 10.
und Munitionsa
gellen, haben ein
jezt, nachdem ion
Parteien zurück
Kampfes müde, u
so würden die K
nehmen und nicht
Eiberfeld,
hier abgeholt

Berlin, 10.
und Munitionsa
gellen, haben ein
jezt, nachdem ion
Parteien zurück
Kampfes müde, u
so würden die K
nehmen und nicht
Eiberfeld,
hier abgeholt

Berlin, 10.
und Munitionsa
gellen, haben ein
jezt, nachdem ion
Parteien zurück
Kampfes müde, u
so würden die K
nehmen und nicht
Eiberfeld,
hier abgeholt

Berlin, 10.
und Munitionsa
gellen, haben ein
jezt, nachdem ion
Parteien zurück
Kampfes müde, u
so würden die K
nehmen und nicht
Eiberfeld,
hier abgeholt